

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (25)



20. Dezember 2019



Die Fraktion DIE LINKE,
im Kreistag der Wetterau
wünscht erholsame Feiertage!

Für das Jahr 2020 wünschen wir viel Kraft,
Gesundheit und Optimismus.

Der Widerstand gegen neoliberale Politik
muss wachsen: Öffentlich ist wesentlich!
Gegen das Diktat des Höchstprofits!
Für Frieden, für Klimagerechtigkeit, für
soziale Gerechtigkeit und für eine Welt
ohne Rassismus und Faschismus!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Debatte über den Nachtragshaushalt 2020 stand im Mittelpunkt der Kreistagssitzung vom 18. Dezember 2019. Wir haben den Schwerpunkt auf einen Punkt gesetzt, der im Nachtragshaushalt NICHT vorkommt: Wohnungspolitik. Hier herrscht bei den anderen Parteien nach wie vor die totale Ignoranz der Wohnungsnot vor.

Am 1. Januar 2020 gelten in der Wetterau angepasste Mietobergrenzen. Wir haben dazu Anfragen gestellt und wollen die Datenbasis einsehen. Antworten liegen noch nicht vor. Eine vorläufige Bewertung ist am Ende dieses Rundschreibens zu finden.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020 DIE LINKE / Piraten:
Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft starten!
2. Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020 DIE LINKE / Piraten:
Mehr Kapazität und Geld für das Frauenhaus Wetterau!
3. Antrag der Koalition SPD/CDU: Radregion Wetterau
4. Antrag Freie Wähler: Schülerbeförderung Konradsdorf

RÜCKLICHT

Ist das möglich? Klima retten ohne soziale Gerechtigkeit?

Das vierte Forum des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ stellte die Klimagerechtig-



keit – national und international – zur Debatte. Fast Zweidrittel aller CO₂-Emissionen werden von 100 Konzernen verursacht. Aber mit denen legt sich die Regierung nicht an. Stattdessen sorgt sie mit einem Flickwerk aus Subventionen und der Belastung der Verbraucher dafür, dass Klimaschutz gerade bei den Ärmeren und der unteren Mittelschicht eher unpopulär bleibt. Über die Verknüpfung von Klimapolitik mit der sozialen Frage diskutierten am 19. November mit einem sehr interessierten Publikum: Werner Rügemer (Autor, Publizist, Vorsitzender des Vereins gegen Arbeitsunrecht), Michael Erhardt (Bevollmächtigter der IG-Metall) und Sabine Leidig (Bundestagsabgeordnete der Linken).



Erster Wasserratschlag linker Kommunalpolitiker/innen

Mit dem Zusammenschluss „KommuneLinks“ richtete die Linksfraktion im Kreistag der Wetterau ein Tagesseminar zum Thema Wasser aus. Dr. Hans-Otto Wack von der Schutzgemeinschaft Vogelsberg zeigte nicht

nur die besorgniserregende Situation des Grundwasserraubbaus auf. Er informierte auch über die Aktivitäten von Umweltschützern und der Schutzgemeinschaft.

Kommunalpolitiker/innen der Linken aus Mittelhessen vereinbarten gemeinsame Initiativen zum Wasserschutz. Denn nach zwei sehr trockenen Sommern wird das Thema immer dringlicher. Der Raubbau muss enden!



Nachtragshaushalt 2020

SPD und auch CDU bemängelten, unsere Änderungsanträge hätten erst eine Stunde vor der Kreistagssitzung vorgelegen. Also könnten sie sich ‚leider‘ nicht damit befassen, obwohl sie sooo wichtig wären. Tatsache ist: Unsere Änderungsanträge lagen dem Büro des Kreistags seit 29. November vor.

Dann wurde protokolliert, DIE LINKE. hätte sich im Sozialausschuss bezüglich des Nachtragshaushalts enthalten. Auch das musste korrigiert werden. Wir haben den Nachtragshaushalt im Ausschuss und auch im Kreistag abgelehnt.

Die Begründung für diese Ablehnung ist in der Haushaltsrede unten zu lesen.

Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020

LINKE. / Piraten: Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft starten!

Zur Erinnerung:

Im Landratswahlkampf haben sowohl Landrat Weckler, als auch Sozialdezernentin Becker-Bösch als Kandidaten die Gründung eines Zweckverbandes Wohnen in Aussicht gestellt. Ein grober Finanzierungsvorschlag war schon vom scheidenden Landrat Arnold angerissen worden. Bisher ist nichts geschehen, obwohl Landrat Weckler in der Presse und im Kreistag ein Umsetzungskonzept bis Ende 2018 (!) in Aussicht gestellt hatte.

Die Koalition stellte letztes Jahr zum Haushalt 2019/2020 einen Dringlichkeitsantrag und daraufhin wurden 2,1 Millionen für den sozialen Wohnungsbau eingestellt. (Wir fragen uns heute: Was wurde bisher mit diesem Geld gemacht??)

Die Fraktion DIE LINKE./Piraten hatte einen Änderungsantrag zum Haushalt 2019/2020 eingebracht, dass ein Betrag von 21 Millionen eingestellt werden sollte, um endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft / einen Zweckverband auf den Weg zu bringen. Dafür könnten die erheblichen Überschüsse im Kreishaushalt verwendet werden. Das wurde mehrheitlich abgelehnt.

Inzwischen hat die Hessische Landesregierung durchaus beträchtliche Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau/Mietwohnungsbau bereitgestellt. Diese könnten eine Anschubfinanzierung für eine kreiseigene WoBau /Zweckverband sehr erleichtern. Leider kommt der Wetteraukreis nicht in die Gänge und die Landesmittel werden nicht abgerufen.

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten hat zum Nachtragshaushalt 2020 nun wieder einen Änderungsantrag gestellt:

- 1. für den Haushalt 2020 – Teilhaushalt 2019/2020 / 10001 „Wohnbauförderung“/
Mittel zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft/Zweckverband Wohnen auf gemeinnütziger Basis in Höhe von 21 Millionen Euro einzustellen.*
- 2. den Fachdienst 4.1 um eine Fachstelle zu erweitern um die Kommunen bei den Planungs- und Ausschreibungsverfahren für den Bau von Mietwohnungen im unteren Preissegment zu unterstützen.*

Der vollständigen Antragstext mit Begründung ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1093-endlich-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-starten.html>

In unserer Rede (Redezeit 5 Minuten) gingen wir nochmal auf die Notwendigkeit einer aktiven Wohnungspolitik ein:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
es gibt einige Punkte im Nachtragshaushalt, über die es sich zu sprechen lohnte, zum Beispiel unser Antrag zum Frauenhaus Wetterau - aber ich will heute zu einem Thema sprechen, das im Nachtragshaushalt NICHT vorkommt.

Das derzeit schärfste soziale Problem, nämlich die Wohnungsnot und die explodierenden Mieten, wird im Haushalt und in der Kreisspitze, nicht zur Kenntnis genommen sondern ignoriert.

Kein Gedanke mehr an eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft oder einen Zweckverband Wohnen! Der Zweckverband Wohnen war wohl nur wieder ein kalkuliertes Wahlversprechen im Landratswahlkampf und offensichtlich nie ernst gemeint.

Meine Damen und Herren,
wir hatten schon letztes Jahr zum Doppelhaushalt 2019 und 2020 beantragt, endlich Geld für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft bereitzustellen und zwar 21 Millionen, den 10-fachen Betrag, den Sie damals beschlossen haben. Auch heute beantragen wir wieder, dass 21 Millionen in den Haushalt eingestellt werden, um endlich in die Startlöcher zu kommen.

Der Wetteraukreis hatte in den letzten Jahren genug Überschüsse – das führen Sie selbst in diesem Nachtragshaushalt auf - um endlich für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen! Da wären sehr viel mehr als 21 Millionen drin gewesen – Wenn das politisch gewollt gewesen wäre! Aber Sie stecken das Geld - in Zeiten von Null-Zinsen - lieber in die Schuldentilgung statt in die Bekämpfung von Wohnungsnot.

Und außerdem verschenken Sie Geld! Denn die Hessische Landesregierung hat Förderprogramme für den Wohnungsbau aufgelegt. Nach Angaben des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen handelt es sich um 2,2 Milliarden Euro, die die Wirtschafts- und Infrastrukturbank bis 2024 für Wohnraumförderung zur Verfügung stellt. Hätte der Wetteraukreis eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, könnten davon auch Mittel abgerufen werden.

Meine Damen und Herren,
die fünf brennendsten Punkte möchte ich heute nochmal benennen:

1. Die Wartelisten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften laufen über. Hunderte Menschen suchen bezahlbaren Wohnraum. Die Wohnungsnot betrifft nicht mehr nur Geringverdiener/innen sondern immer mehr auch die untere Mittelschicht.

2. Auch im Wetteraukreis sind in den vergangenen 15 Jahren Hunderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen. Aber bezahlbare Wohnungen sind nur in geringer Zahl neu entstanden. Ja, es wird gebaut – aber hochpreisiger Wohnraum. Und gebaut wurde von privaten Investoren statt von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Bekanntermaßen

wollen private Unternehmen Profit machen und keine Sozialpolitik. Der Wetteraukreis sieht dabei tatenlos zu.

3. Der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet in seinem jüngsten Armutsbericht, dass in Hessen die Zahl der einkommensschwachen Menschen innerhalb von zehn Jahren um ein Viertel zugenommen hat – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Wohnungsnot verschärft diese Entwicklung noch: Denn hohe Mieten machen Familien arm. Wir finden: Armutsbekämpfung fängt bei der Wohnungspolitik an!

4. In den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises gibt kaum noch Notwohnungen. Aber die Zahl der Entmietungen nimmt zu – meist wegen Mietschulden oder Umlagenschulden. Explodierende Mieten, keine Notwohnungen und viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum. Aber nichts wird dagegen getan!

Und 5. Ihre Mietobergrenzen. Seit Jahren decken die Mietobergrenzen des Wetteraukreises die Kosten der Unterkunft für bedürftige Menschen in maßgeblichem Umfang nicht.

Im September 2019 antwortete die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion und veröffentlichte eine Bilanz der eingesparten Wohnkosten für die Jahre 2011 bis 2018.

Ich kann es nur kurz anreißen, wegen der Zeit, aber dort ist nachzulesen, dass der Wetteraukreis – ich nehme mal die letzten drei Jahre – bei 20 % der Bedarfsgemeinschaften – das sind so etwa zwischen 1500 und 1800 - im Jahr 1150 Euro pro Bedarfsgemeinschaft bei den Kosten der Unterkunft eingespart hat. Das ist krass.

Sieht man sich aber die Zahlen an für Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem Kind oder gar für Alleinerziehende, wird es noch krasser: Bei einem Drittel der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern wird an den Kosten der Unterkunft gespart: Pro Jahr liegt hier die Unterdeckung zwischen etwa 1300 und 1400 Euro pro Bedarfsgemeinschaft - mit Kind!

Meine Damen und Herren, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie Ihre Sozialpolitik aussieht: Hier ist er erbracht! Diese Mietobergrenzen sind runtergerechnet und treffen besonders Familien mit Kindern!

Solange so ignorant mit den Sorgen und Nöten eines Großteils der Bevölkerung umgegangen wird, werden wir keinem Haushalt zustimmen.

Der Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Ein Abgeordneter der Freien Wähler stimmte zu.

Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020

LINKE. / Piraten: Mehr Kapazität und Geld für das Frauenhaus Wetterau

2010 wurde der Zuschuss des Wetteraukreises für das Frauenhaus dauerhaft um 10 Prozent gesenkt. Seither gab es wieder geringe Erhöhungen. Aber die gleichen die Kürzungen nicht aus und können bestenfalls ein wenig der Teurungsrate entgegenwirken.

Ruft man die Internetseite der Frauenhäuser Hessen auf, zeigt sich, dass so gut wie keine freien Plätze angezeigt werden. Hessens Frauenhäuser sind an ihren Kapazitätsgrenzen angekommen. Gewalt gegen Frauen ist leider kein abnehmendes Problem. Immer öfter müssen Frauenhäuser Schutz suchende Frauen und Kinder wegen Überfüllung abweisen.

Das betrifft auch das Frauenhaus Wetterau, das dringend mehr Platz braucht. Um diesen zu schaffen, muss ein neues Domizil – Neubau, Anbau, Neuerwerb – entstehen.

Wir sehen auch die Notwendigkeit einer dauerhaften Aufstockung der Mittel, um den steigenden Anforderungen an die Arbeit des Frauenhauses gerecht werden zu können.

Unser Änderungsantrag steht hier:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1092-mehr-kapazit%C3%A4t-und-geld-f%C3%BCr-das-frauenhaus-wetterau.html>

Nur die Grünen haben unserem Antrag zugestimmt. Zuvor haben sie beantragt, beide Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. / Piraten in den Sozialausschuss als Arbeitsmaterial zu überweisen. Das wurde ebenfalls abgelehnt.

Was der AfD in der Haushaltsdebatte wichtig erschien:

Die bürgerliche Fassade der AfD-Fraktion bröckelte in dieser Haushaltsdebatte und heraus schimmerte ihre Auffassung über die Ungleichheit der Menschen. So äußerte der Fraktionsvorsitzende Kuger sein Unverständnis, dass so viel Geld für Inklusion an Schulen ausgegeben würde. Woher soll das Personal dafür genommen werden?, fragte er. Schulen seien für Unterricht da und nicht für Betreuung. Er sagte das nicht – aber es war deutlich zu spüren, dass er Kinder mit Behinderung nicht in den Schulen sehen möchte.

Dass an den Schulen Lehrkräfte fehlen und die Schülerzahlen zunehmen, führte er auf die Flüchtlinge zurück. Er fragte, ob sich die Schulsozialarbeit nun auch um die steigende Kriminalität an den Schulen kümmern müsse und warum die Kosten in der Jugendhilfe gestiegen seien.

Ein weiterer Punkt: Kritik am „ideologisch betriebenen Klimawandel“: Den Radwegeausbau in der Wetterau nannte er eine Fehlinvestition. Das sei unnötig. Man könne nicht erwarten, dass die Menschen mit dem Rad fahren.

Antrag der Koalition SPD / CDU: Radregion Wetterau

Die Koalition stellte einen umfangreichen Antrag, wie sie den Radverkehr in der Wetterau verbessern will. Dem haben wir zugestimmt. Unserer Meinung nach kommt – trotz Ankündigung – der Alltagsradverkehr zu kurz. Es müsste viel mehr Wert darauf gelegt werden, Lücken bei bereits bestehenden Radwegen zu schließen. Denn wer mit dem Rad zur Arbeit oder zu Terminen fährt, will keine Umwege machen.

Bisher gibt es den Text nur auf dieser Netzseite:

<https://www.cduwetterau.de/aktuelles/archiv/cdu-und-spd-wetterau-soll-radregion-werden/>

Wir hoffen jetzt, dass die Überlegungen zum Ausbau des Radnetzes nicht nur Wahlkampfgetöse sind. Vor einer Kommunalwahl – die nächste kommt im Frühjahr 2021 – werden immer solche Absichten erklärt. Danach ist davon dann oft keine Rede mehr.

Bisher erscheinen uns die Vorschläge noch sehr unkonkret. Es gibt keine Priorisierung und keine Zeitleiste, wie sie realisiert werden sollen.

Antrag der Freien Wähler: Schülerbeförderung Konradsdorf

Dieser Antrag fordert, dass der Kreis eine neue Finanzierungs- und Zuschussregelung für die Sonderbuslinie von Büdingen nach Konradsdorf erarbeitet. Auch solle diese Buslinie – die von den Eltern selbst finanziert wird – zu einer offiziellen Buslinie werden. Etwa 150 Schülerinnen und Schüler aus Büdingen besuchen laut Aussage der Freien Wähler die Gesamtschule Konradsdorf. Das sei Grund genug, endlich eine offizielle Buslinie einzurichten, die nicht mehr kosten solle, als das Hessische Schülerticket, nämlich 365 Euro pro Jahr.

SPD und CDU führten in der Debatte seltsame Begründungen an, um diesen Antrag abzulehnen: Es gäbe in Büdingen genügend Schulen. Der Besuch der Gesamtschule Konradsdorf sei unnötig. Außerdem könnte ja der „Sonderschulbus“ mitbenutzt werden.

Wir haben dem Antrag der Freien Wähler zugestimmt. Außerdem haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass der Bus zur Förderschule voll besetzt ist und dem Schutzbedürfnis der Kinder mit Behinderung gerecht werden muss. Man kann in diesem Bus die Kinder nicht wie die Heringe zusammenpressen. Außerdem führen SPD und CDU bei jeder Gelegenheit die freie Schulwahl als Recht der Eltern an. Jetzt auf einmal soll sie nicht gelten? Weil eine Buslinie Geld kosten würde?

Ab 1. Januar 2020 gelten für die Wetterau neue Mietobergrenzen

Alle zwei Jahre muss das schlüssige Konzept der Mietobergrenzen überarbeitet werden. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Im Sozialausschuss wurden die neuen Berechnungen vorgestellt.

Die Neuberechnung sieht leichte Erhöhungen der Kaltmieten vor. Außerdem werden die kalten Umlagen (ohne Heizung und Warmwasser) zukünftig mit in die Mietobergrenzen eingerechnet. Wir haben dazu zwei Anfragen gestellt. Die Antworten liegen noch nicht vor.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1095-aktualisierung-des-schl%C3%BCssigen-konzepts-der-mietobergrenzen-2020.html>

und

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1097-teil-2-aktualisierung-des-schl%C3%BCssigen-konzepts-der-mietobergrenzen-2020.html>

Sollten die Betriebskosten der Nettokaltmiete zugeschlagen werden, könnte das möglicherweise eine Verbesserung bedeuten.

Allerdings ist völlig unklar, wie der Wetteraukreis zu den „angemessenen“ Betriebskosten kommt. Welche Daten hat er erhoben? Und wurden alle Vergleichsräume berücksichtigt? Ist es eine Pauschale oder erfolgt eine Jahresendabrechnung?

Jetzt ist schon erkennbar, dass die Datensätze, die den Kaltmieten zugrunde liegen, nicht alle Vergleichsräume ausreichend berücksichtigt haben. Wie sollte es sonst kommen, dass im Vergleichsraum 4 (Gedern, Hirzenhain, Kefenrod) eine Kaltmiete für eine Person 310 Euro betragen soll und für zwei Personen 300 Euro?

Oder dass im Vergleichsraum 3 (Nidda, Ranstadt, Ortenberg, Büdingen, Limeshain, Glauburg) für Einzimmerwohnungen und Zweizimmerwohnungen die gleichen Kaltmieten gelten sollen – nämlich 345 Euro?

Diese Brüche sollen angeblich ganz objektiv zustande gekommen sein. Aber viel wahrscheinlicher ist, dass sie auf einer unzureichenden Datenbasis beruhen.

Wir sind gespannt auf die Antworten zu unseren Anfragen. Wir werden auch einen Antrag auf Einsicht der Datenbasis stellen.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber